

Die US-Großbanken müssen zerschlagen werden, wenn die gegenwärtige globale Wirtschaftskrise überwunden werden soll, sagt Joseph Stiglitz, der 2001 mit anderen den Nobelpreis für Wirtschaftswissenschaften erhielt.

LUFTPOST

**Friedenspolitische Mitteilungen aus der
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein
LP 134/09 – 19.06.09**

Amerikas Sozialismus für die Reichen

**Die Vereinigten Staaten haben ein großes Sicherheitsnetz für Konzerne,
das den Banken erlaubt, ungestraft zu zocken,
aber in Not geratenen Einzelpersonen wenig Hilfe bietet**

Von Joseph Stiglitz
THE GUARDIAN, 13.06.09

(<http://www.guardian.co.uk/commentisfree/2009/jun/12/america-corporate-banking-welfare>)

Mit ihrem Gerede über wachsende Anzeichen für eine wirtschaftliche Erholung versuchen Amerikas Banken alle Anstrengungen zu stoppen, mit denen ihr Treiben reguliert werden soll. Die Politiker reden zwar über ihre Bemühungen um eine regulierende Reform, die eine Wiederkehr der Krise vermeiden soll, aber auf diesem Gebiet steckt der Teufel wirklich im Detail; und die Banken lassen ihre verbliebenen Muskeln spielen, um sicherzustellen, dass ihnen genügend Raum bleibt, um weiterzumachen wie bisher.

Das alte System war vor allem gut für die Banker – weniger für ihre Aktionäre – warum sollten sie also seine Änderung zulassen? Weil die (eiligen) Bemühungen, sie zu retten, wenig Zeit für Überlegungen gelassen haben, wie das Finanzsystem nach der Krise aussehen sollte, werden wir am Ende ein System von Banken haben, in dem es noch weniger Wettbewerb geben wird, weil die Banken, die zu groß waren, um sie scheitern zu lassen, noch größer sein werden.

Es wurde schon lange erkannt, dass die Banken, die so groß sind, dass sie nicht scheitern durften, auch zu groß sind, um noch (überschaubar) gemanagt werden zu können. Das ist ein Grund dafür, dass die Performance einiger Großbanken so miserabel war. Weil die Regierung Bürgschaften für die Einlagen der Banken übernommen hat, spielt sie bei deren Restrukturierung, anders als in anderen Bereichen, eine wichtige Rolle. Wenn eine Bank scheitert und die Regierung Geld hineinstecken muss, veranlasst sie normalerweise eine finanzielle Restrukturierung und nimmt natürlich Einfluss auf die künftige Entwicklung. Man weiß von offizieller Seite, dass man nicht zu lange warten darf, weil sonst Zombie-Banken oder ähnlich zweifelhafte Institute, die nichts oder sehr wenig wert sind, aber so behandelt werden, als seien sie wertvolle Geschäftspartner, in Erwartung von Hilfsmaßnahmen zu spekulieren beginnen. Wenn sie hohe Wetten eingehen und gewinnen, stecken sie den Gewinn ein und verschwinden. Wenn sie verlieren, muss die Regierung die Zeche bezahlen.

Das ist nicht nur eine Theorie, es ist eine Lektion, die wir während der die Spareinlagen und die Kredite betreffenden Krise in den 80er Jahren (des letzten Jahrhunderts) unter hohen Kosten lernen mussten. Wenn der Geldautomat anzeigt, dass "zu geringe Rücklagen" vorhanden sind, will die Regierung vermeiden, dass der Bank das Geld ausgeht und Sie von ihrem Konto plötzlich kein Geld mehr abheben können; deshalb greift sie ein, bevor der Geldautomat ganz leer ist. Bei finanziellen Rettungsmaßnahmen gehen die Aktionäre meistens leer aus und die Pfandbriefinhaber werden die neuen Aktionäre. Manchmal muss

die Regierung zusätzliche Mittel zur Verfügung stellen, manchmal sucht sie nach einem neuen Investor, der die gescheiterte Bank übernimmt.

Die Obama-Administration hat jedoch ein neues Konzept entwickelt, das zu umfassend ist, um mit Finanzhilfen auszukommen. Die Regierung behauptet, dass der Teufel los wäre, wenn man die großen Banken nach den üblichen Regeln behandeln würde. Deshalb könne man weder den Pfandbriefinhabern noch den Aktionären Verluste zumuten – auch dann nicht, wenn der Wert der Aktien fast nur noch aus Wetten auf eine Schuldenübernahme durch die Regierung besteht.

Ich halte diese Einschätzung für falsch. Ich glaube, dass sich die Obama-Regierung dem Druck und der Panikmache der großen Banken gebeugt hat. Deshalb hat sie die Rettung der Banker und der Aktionäre mit einer Entschuldung der Banken verwechselt.

Eine Entschuldung gibt Banken die Chance für einen neuen Start: Potentielle neue Investoren – die mit Eigenkapital einsteigen oder Schulverschreibungen akzeptieren – haben wieder mehr Vertrauen, andere Banken sind eher bereit, ihnen Geld zu leihen, und sie selbst sind wieder in der Lage, anderen Banken Geld zu leihen. Die Pfandbriefinhaber werden von einer vernünftigen Umschuldung profitieren, und wenn der Wert der Anlagen wirklich höher ist, als der Markt oder außenstehende Analysten annehmen, können sie vielleicht sogar noch Gewinn machen.

Es ist klar, dass uns die Obama-Strategie jetzt und in Zukunft viel Geld kosten wird, obwohl sie bisher noch nicht einmal das Minimalziel erreicht hat, den Kreditfluss wieder in Gang zu setzen. Die Steuerzahler mussten Milliarden (Dollars) aufbringen und für weitere Milliarden bürgen – die in der Zukunft sehr wahrscheinlich fällig werden.

Das Umschreiben der Regeln der Marktwirtschaft – in eine Fassung, von der nur diejenigen profitieren, die so viel Schaden in der gesamten Weltwirtschaft angerichtet haben – verursacht aber nicht nur finanzielle Kosten. Die meisten Amerikaner halten das für ausgesprochen ungerecht, vor allem, weil sie miterleben mussten, dass die Banken, die Milliarden, die eigentlich den Kreditfluss wieder in Gang setzen sollten, für überhöhte Bonuszahlungen und Dividenden ausgegeben haben. Der (bestehende) Gesellschaftsvertrag sollte nicht so leichtfertig aufgekündigt werden.

Aber diese neue Art von Ersatz-Kapitalismus, in der Verluste sozialisiert und Profite privatisiert werden, ist zum Scheitern verurteilt. Fördergelder werden verschwendet. Im Markt herrscht keine Disziplin mehr. Die Banken, die zu groß zur Restrukturierung sind, wissen, dass sie ungestraft zocken können, weil ihnen die US-Notenbank immer wieder Geld für nahezu null Prozent Zinsen zur Verfügung stellt, mit dem sie so weitermachen können wie bisher.

Einige haben diese neue Wirtschaftsform "Sozialismus auf amerikanische Art" genannt. Aber Sozialismus hat sich um normale Individuen zu kümmern. Die Vereinigten Staaten haben aber – ganz im Gegenteil – den Millionen Amerikanern, die ihre Häuser zu verlieren drohen, nur wenig Hilfe gewährt. Arbeiter, die ihre Jobs verlieren, erhalten nur 39 Wochen lang eine begrenzte Arbeitslosen-Unterstützung und werden sich dann selbst überlassen. Wenn sie ihre Jobs los sind, verlieren die meisten auch noch ihre Krankenversicherung.

Amerika hat das Sicherheitsnetz für Unternehmen in beispielloser Weise ausgeweitet, von Handelsbanken auf Investment-Banken, dann auf Versicherungen und jetzt sogar auf Autohersteller, und es ist noch kein Ende in Sicht. In Wahrheit ist das kein Sozialismus, son-

dem eine Ausweitung des bisherigen Schutzes für Konzerne. Die Reichen und Mächtigen fordern von der Regierung immer neue Hilfen, während bedürftige Einzelpersonen kaum sozialen Schutz erhalten.

Wir müssen die Banken, die so groß sind, dass sie nicht scheitern dürfen, zerschlagen; es gibt keine Anzeichen dafür, dass sie der Gesellschaft die Kosten, die sie ihr aufgebürdet haben, jemals erstatten werden. Wenn wir sie schon nicht zerschlagen, müssen wir wenigstens ihre Handlungsspielräume entscheidend einengen. Was sie in der Vergangenheit getan haben, darf ihnen nicht mehr erlaubt sein – sie dürfen nicht mehr in der Lage sein, auf Kosten der Allgemeinheit zu zocken.

Es gibt noch ein anderes Problem mit den amerikanischen Banken, die so groß sind, dass sie nicht scheitern dürfen und nicht restrukturiert werden können: Sie haben zu viel politische Macht. Ihre Lobby-Arbeit hat gut funktioniert; erst haben sie die Deregulierung durchgesetzt und dann die Steuerzahler die Aufräumarbeiten bezahlen lassen. Sie hoffen darauf, dass sie es noch einmal schaffen, frei in ihren Entscheidungen zu bleiben, und tun und lassen zu können, was sie wollen, ohne Rücksicht auf die Risiken für die Steuerzahler und die Wirtschaft. Wir dürfen nicht zulassen, dass das geschieht.

(Wir haben den Artikel des US-Nobelpreisträgers Joseph Stiglitz komplett übersetzt, und mit einigen Anmerkungen versehen. Anschließend drucken wir den Originaltext ab.)

guardian.co.uk

America's Socialism For the Rich

The US has a huge corporate safety net, allowing the banks to gamble with impunity, but offers little to struggling individuals

By Joseph Stiglitz

June 13, 2009 "The Guardian" -- With all the talk of "green shoots" of economic recovery, America's banks are pushing back on efforts to regulate them. While politicians talk about their commitment to regulatory reform to prevent a recurrence of the crisis, this is one area where the devil really is in the details – and the banks will muster what muscle they have left to ensure that they have ample room to continue as they have in the past.

The old system worked well for the bankers (if not for their shareholders), so why should they embrace change? Indeed, the efforts to rescue them devoted so little thought to the kind of post-crisis financial system we want that we will end up with a banking system that is less competitive, with the large banks that were too big to fail even larger.

It has long been recognised that those America's banks that are too big to fail are also too big to be managed. That is one reason that the performance of several of them has been so dismal. Because government provides deposit insurance, it plays a large role in restructuring (unlike other sectors). Normally, when a bank fails, the government engineers a financial restructuring; if it has to put in money, it, of course, gains a stake in the future. Officials know that if they wait too long, zombie or near zombie banks – with little or no net worth, but treated as if they were viable institutions – are likely to "gamble on resurrection". If they take big bets and win, they walk away with the proceeds; if they fail, the government picks up the tab.

This is not just theory; it is a lesson we learned, at great expense, during the Savings and

Loan crisis of the 1980s. When the ATM machine says "insufficient funds", the government doesn't want this to mean that the bank, rather than your account, is out of money, so it intervenes before the till is empty. In a financial restructuring, shareholders typically get wiped out, and bondholders become the new shareholders. Sometimes the government must provide additional funds; sometimes it looks for a new investor to take over the failed bank.

The Obama administration has, however, introduced a new concept: too big to be financially restructured. The administration argues that all hell would break loose if we tried to play by the usual rules with these big banks. Markets would panic. So, we not only can't touch the bondholders, we also can't even touch the shareholders – even if most of the shares' existing value merely reflects a bet on a government bailout.

I think this judgment is wrong. I think the Obama administration has succumbed to political pressure and scaremongering by the big banks. As a result, the administration has confused bailing out the bankers and their shareholders with bailing out the banks.

Restructuring gives banks a chance for a new start: new potential investors (whether in equity or debt instruments) will have more confidence, other banks will be more willing to lend to them and they will be more willing to lend to others. The bondholders will gain from an orderly restructuring, and if the value of the assets is truly greater than the market (and outside analysts) believe, they will eventually reap the gains.

But what is clear is that the Obama strategy's current and future costs are very high – and so far, it has not achieved its limited objective of restarting lending. The taxpayer has had to pony up billions, and has provided billions more in guarantees – bills that are likely to come due in the future.

Rewriting the rules of the market economy – in a way that has benefited those that have caused so much pain to the entire global economy – is worse than financially costly. Most Americans view it as grossly unjust, especially after they saw the banks divert the billions intended to enable them to revive lending to payments of outsized bonuses and dividends. Tearing up the social contract is something that should not be done lightly.

But this new form of ersatz capitalism, in which losses are socialised and profits privatised, is doomed to failure. Incentives are distorted. There is no market discipline. The too-big-to-be-restructured banks know that they can gamble with impunity – and, with the Federal Reserve making funds available at near-zero interest rates, there are ample funds to do so.

Some have called this new economic regime "socialism with American characteristics". But socialism is concerned about ordinary individuals. By contrast, the US has provided little help for the millions of Americans who are losing their homes. Workers who lose their jobs receive only 39 weeks of limited unemployment benefits, and are then left on their own. And, when they lose their jobs, most lose their health insurance too.

America has expanded its corporate safety net in unprecedented ways, from commercial banks to investment banks, then to insurance and now to cars, with no end in sight. In truth, this is not socialism, but an extension of longstanding corporate welfarism. The rich and powerful turn to the government to help them whenever they can, while needy individuals get little social protection.

We need to break up the too-big-to-fail banks; there is no evidence that these behemoths

deliver societal benefits that are commensurate with the costs they have imposed on others. And, if we don't break them up, then we have to severely limit what they do. They can't be allowed to do what they did in the past – gamble at others' expenses.

This raises another problem with America's too-big-to-fail, too-big-to-be-restructured banks: they are too politically powerful. Their lobbying efforts worked well, first to deregulate and then to have taxpayers pay for the cleanup. Their hope is that it will work once again to keep them free to do as they please, regardless of the risks for taxpayers and the economy. We cannot afford to let that happen.

Copyright: Project Syndicate, 2009

www.luftpost-kl.de

VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern